



**ALLGEMEINE KAUFMÄNNISCHE BEDINGUNGEN
für die Beschaffung von
Anlagen, Anlagenkomponenten und Leistungen**

Bilfinger Industrial Services GmbH
Lunzerstraße 64
4030 Linz

Bilfinger Bohr- und Rohrtechnik GmbH
Adelheid Popp-Straße 8
2120 Wolkersdorf

Bilfinger Industrial Services Österreich GmbH
Lunzerstraße 64
4030 Linz

**Jänner 2024
(AKB 01/2024)**

AKB
INHALTSVERZEICHNIS

Artikel	Seite
1. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN	3
2. GRUNDSÄTZLICHES	3
3. PREISE	5
4. ZAHLUNGSMODALITÄTEN	5
5. SUBVERGABEN	7
6. DOKUMENTATION	8
7. BEGLEITENDE KONTROLLE	9
8. VERSAND	10
9. TERMINE	10
10. HAFTUNG DES AUFTRAGNEHMERS	11
11. GARANTIE	12
12. ABNAHME	14
13. SANKTIONEN, EXPORTKONTROLLE UND WARENURSPRÜNGE	14
14. RECHTE AM VERTRAGSGEGENSTAND	14
15. HÖHERE GEWALT	15
16. RÜCKTRITT	16
17. SONSTIGE BESTIMMUNGEN	17
18. RECHT UND GERICHTSSTAND	20
19. BAU-, MONTAGE- UND INBETRIEBNAHMELEISTUNGEN	20
20. VERHALTENSKODEX	20
21. ANLAGE 1: BEDINGUNGEN FÜR DIE DURCHFÜHRUNG VON BAU- SOWIE MONTAGE- UND INBETRIEBNAHMELEISTUNGEN	

1. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

1.1 In diesen "Allgemeinen Kaufmännischen Bedingungen" gelten nachstehende Begriffsbestimmungen:

AG	Auftraggeber (Firmenname und Anschrift siehe Bestellung)
AN	Auftragnehmer, die zur Erfüllung der Lieferungen und Leistungen gemäß Bestellung verpflichtete Rechtsperson
EA	Endabnehmer der Gesamtanlage
Gesamtanlage	Das für den EA zu erstellende, technisch oder vertraglich als Einheit zu betrachtende Werk, dessen Teil die Lieferungen/ Leistungen des AN bilden
Kundenvertrag	Vertrag zwischen dem AG und dem EA über die Lieferung der Gesamtanlage
Bestellung	Vertrag zwischen dem AG und dem AN über die vom AN zu erbringenden Lieferungen und Leistungen
Lieferungen/ Leistungen	Alle vom AN gemäß Bestellung zu erbringenden Lieferungen und Leistungen, wobei der Begriff Leistung alleine ebenfalls in dieser Bedeutung zu verstehen ist.

1.2 Im Zusammenhang mit der schrittweisen Übergabe von Anlagen oder Teilen davon gelten folgende Definitionen:

Beginn Probebetrieb = Inbetriebnahme = Beginn Heißtest = Anfahren der Gesamtanlage unter Betriebsbedingungen.

Leistungstest = Leistungstest der Gesamtanlage (wie vertraglich definiert) über einen im Kundenvertrag festgelegten Zeitraum.

Abnahme = Die protokollierte Bestätigung des EA, dass die Gesamtanlage mit den Lieferungen und Leistungen des AN vertragsgemäß und mangelfrei erstellt bzw. erbracht wurde. Dazu gehört auch der Nachweis der Einhaltung der vereinbarten Leistungswerte (z.B. Kapazität, Produktqualität, Verbräuche, Emissionen) in einem Leistungstest.

2. GRUNDSÄTZLICHES

2.1 Bestellung

Bestelltag ist das Absendedatum der Bestellung.

Die Bestellung ist spätestens binnen 10 Tagen schriftlich zu bestätigen oder abzulehnen. Bestätigt der AN den Auftrag nicht innerhalb von zehn Tagen mittels vorbehaltsloser Auftragsbestätigung oder beginnt der AN mit der Bestellausführung, so gilt die Bestellung als vorbehaltslos bestätigt.

2.2 Bedeutung der Lieferungen und Leistungen des AN:

Die Lieferungen und Leistungen des AN werden Teil einer zu errichtenden komplexen Gesamtanlage. Leistungsstörungen an Einzelleistungen rufen daher in der Regel Probleme in der Gesamtprojektorganisation mit entsprechenden Mehrkosten hervor, z.B. im Zusammenhang mit Terminverschiebungen im Netzplan, Ansprüchen Dritter, Störungen der Logistik, Verzügen in der Abnahme durch den Endkunden, Stehzeiten etc. Die Kostenkonsequenzen sind besonders schwerwiegend bei im Ausland errichteten Gesamtanlagen. Der AN verpflichtet sich daher bei der Erfüllung seines Auftrages zu besonderer Sorgfalt, die diesen Umständen gerecht wird. Dazu gehört die Beschaffung aller Informationen, die für die Erfüllung des Auftrages unter den konkret herrschenden Bedingungen des Transportweges und des Einsatzortes der Lieferungen und

Leistungen sowie zur Integration seiner Lieferungen und Leistungen in die Gesamtanlage zu berücksichtigen sind.

2.3 Qualitätssicherung:

Der AN verpflichtet sich und seine Subkontraktoren, bei der Durchführung seiner Lieferungen und Leistungen die Grundsätze der Qualitätssicherung entsprechend den einschlägigen Normen anzuwenden.

Der AG und der EA haben das Recht, das Qualitätssicherungssystem, die Qualitätssicherungsvorschriften und den Qualitätssicherungsplan des AN und seiner Subkontraktoren jederzeit zu auditieren.

2.4 Gültigkeit Allgemeiner Bedingungen:

Diese "Allgemeinen Kaufmännischen Bedingungen" regeln das Verhältnis zwischen AN und AG, soweit die Bestellung für den Einzelfall keine Abweichungen enthält.

Bedingungen des AN (z. B. Angebote, Verkaufsbedingungen) gelten nur, wenn sie durch den AG ausdrücklich schriftlich anerkannt werden.

Wenn in der Bestellung des AG auf Angebotsunterlagen des AN Bezug genommen wird, bedeutet dies keine Anerkennung der kaufmännischen Bedingungen des AN. Spätestens mit Beginn der Ausführung der Bestellung durch den AN gelten diese Allgemeinen Kaufmännischen Bedingungen des AG als anerkannt.

2.5 Rechtsverbindlichkeit von Erklärungen:

Erklärungen des AG betreffend den Abschluss oder Änderungen von Bestellungen oder Nachträge zu Bestellungen sind für den AG nur dann rechtsverbindlich, wenn sie von der zuständigen Einkaufsabteilung schriftlich abgegeben wurden. Auf Erklärungen anderer Personen kann sich der AN nur berufen, wenn er die zuständige Einkaufsabteilung unverzüglich darüber informiert und deren schriftliche Bestätigung vorliegt.

Ausgenommen davon sind:

- die Inanspruchnahme von Optionen auf Verpackung und Transport in Form der Übermittlung definitiver Versandbedingungen
- Abrufe zu Rahmenbestellungen

2.6 Klärung von Widersprüchen:

Im Falle von Widersprüchen zwischen den Bestandteilen des zwischen AN und AG geschlossenen Vertrages gilt folgende Priorität:

- das Bestellschreiben (Briefform, Telefax)
- die im Bestellschreiben genannten Anlagen, insbesondere das Verhandlungsprotokoll
- diese AKB

Ergibt sich aus der Prioritätenreihung keine Klarheit, so gilt bezüglich Fragen des Leistungsumfanges der Grundsatz einer bestmöglichen Eignung der Lieferungen und Leistungen für den Einsatzzweck.

In jedem Fall einer Unklarheit über die Vertragserfüllung hat der AN den AG zu informieren und das Einvernehmen über die Lösung herzustellen. Der AN ist verpflichtet, den AG auf eventuelle Unstimmigkeiten in der Spezifikation unverzüglich aufmerksam zu machen. Überschriften dienen ausschließlich der Orientierung und sind für die inhaltliche Interpretation nicht zu berücksichtigen.

2.7 Vertragsprache:

Ist die Vertragsprache im Vertrag nicht speziell genannt, so gilt als Vertragsprache Deutsch.

Der AN hat Sorge zu tragen, dass sein Führungspersonal diese Sprache in Wort und Schrift beherrscht.

2.8 Gesetzliche Ansprüche:

Unbeschadet der Regelungen in diesen AKB bleiben weitergehende gesetzliche Ansprüche des AG unberührt.

2.9 Mitwirkung des AG:

Der AG erbringt ausschließlich jene Mitwirkungsleistungen, die in der Bestellung ausdrücklich als Mitwirkungspflichten des AG definiert sind.

3. PREISE

3.1 Art des Preises:

Die Preise der Bestellung verstehen sind Festpreise ohne Mehrwertsteuer, die alle bis zur vollständigen Erfüllung der Lieferungen und Leistungen stehenden Aufwendungen des AN beinhalten. Darunter fallen insbesondere alle Kosten für Transport, Versicherung, Verpackung, Steuern, Zölle und Abgaben, die mit den Lieferungen und Leistungen des AN in den Staaten, in denen diese erbracht werden, zusammenhängen. Der AG trägt nur solche Kosten, die in der Bestellung ausdrücklich als Verpflichtung des AG angeführt sind. Für evtl. Bestellerweiterungen und -ergänzungen sowie für Bestellungen von Ersatz- und Verschleißteilen gelten die Bedingungen der Hauptbestellung.

4. ZAHLUNGSMODALITÄTEN

4.1 Rechnungslegung:

Rechnungen sind, zusammen mit sämtlichen für die Identifizierung notwendigen Dokumenten, wie Bestellnummer, etc. in 1-facher Ausfertigung beim AG (Firmenname und Anschrift siehe Bestellung) einzureichen, haben den gesetzlichen Bestimmungen zu entsprechen und müssen prüfbar sein.

Unvollständige oder nicht prüffähige Rechnungen können zurückgewiesen werden.

Durch die Zurückweisung von Rechnungen werden Zahlungsfristen ausgesetzt und beginnen erst mit der Neueinreichung der ordnungsgemäßen Rechnung neu zu laufen.

Rechnungen werden ausschließlich bei Versand an die von der jeweiligen Bilfinger-Gesellschaft in der Bestellung angeführte E-Mail-Adresse akzeptiert. Rechnungen, die an andere (insbesondere personalisierte) E-Mail-Adressen gesendet werden, gelten als nicht zugestellt und werden nicht verarbeitet.

Auf jeder Rechnung ist die zugehörige Bestellnummer, die Projektbezeichnung, die Projektnummer, die ausgeführte Leistung, die Kostenstelle, der Leistungsempfänger und erhaltene Zahlungen auszuweisen. Weiterhin muss sie an die vom AG angegebene Rechnungsanschrift gerichtet sein.

Für jede Rechnung ist eine separate E-Mail zu versenden.

Jeder Rechnung sind die vom AG unterzeichneten Leistungsnachweise (Abnahmeprotokoll(e), Lieferschein(e), Stundenzettel, etc.) beizulegen. Die Rechnung sowie die dazugehörenden

Leistungsnachweise (Lieferschein(e), Abnahmeprotokoll(e), Zeitrachweise, usw.) sind in einem Dokument zusammenzufassen. Andere Dokumente, welche keine Rechnungen sind (z.B.: Auftragsbestätigungen, Mahnungen, Newsletter, usw.), die an die o.a. E-Mail-Adresse gesendet werden, werden gelöscht und gelten als nicht zugestellt.

4.2 Zahlung:

Zahlung leistet der AG, wenn nicht anders vereinbart, jeweils nach Rechnungseingang, Ablauf der Prüffrist und nach Erfüllung sämtlicher in der Bestellung dafür genannten Voraussetzungen, insbesondere auch der ordnungsgemäßen Dokumentationslieferung nach 30 Tagen mit 3 % Skonto oder 45 Tagen mit 2 % Skonto oder nach 60 Tagen netto, nach Wahl des AG.

Überweisungen werden so durchgeführt, dass die Spesen der Auftraggeberbank vom AG und jene Spesen der Empfängerbank vom AN (Empfänger) zu tragen sind.

Die Zahlung bedeutet keine Anerkennung der Vertragskonformität der Lieferungen und Leistungen und damit keinen Verzicht des AG auf Erfüllung, Gewährleistung, Schadenersatz, Vertragsstrafen, etc.

Die vereinbarte Zahlungsfrist beginnt - vorbehaltlich einer vollständigen, mangelfreien und vertragskonformen Lieferung/Leistung - erst nach Ablauf einer Prüffrist von sieben Kalendertagen nach Eingang an die von der jeweiligen Bilfinger-Gesellschaft in der Bestellung angeführte E-Mail-Adresse zu laufen, vorausgesetzt, dass die vollständige Dokumentation, den Anforderungen entsprechend, vorhanden ist.

Die Zahlungen erfolgen ausschließlich per Überweisung an dem durch die jeweilige Bilfinger-Gesellschaft festgelegten wöchentlichen Zahlungstermin. Die fristgerechte Zahlung ist erfüllt, wenn die Zahlung spätestens am nächstfolgenden Mittwoch (abgehend) durchgeführt wird (1x wöchentlicher Zahlungstermin).

Rechnungseingänge zwischen dem 07. Dezember und 07. Jänner eines jeden Jahres werden mit 07. Jänner als eingegangen vereinbart.

Die Zahlungen erfolgen ausschließlich per Überweisung auf ein im Namen des AN geführtes Bankkonto in dem Land, in dem die vertraglich geschuldeten Leistungen zu erbringen sind oder der AN seinen Hauptgeschäftssitz hat.

Für die Rechtzeitigkeit der Zahlung ist die Erteilung des Überweisungsauftrags an die Bank maßgeblich.

Ausschließlich im Falle des verschuldeten Zahlungsverzugs hat der AG Verzugszinsen zu bezahlen; der anzuwendende Zinssatz beträgt hierbei 2 % p.a. Weitere Ansprüche des AN sind ausgeschlossen.

4.3 Hafrücklass:

Der AG hat das Recht, einen vereinbarten Hafrücklass als unverzinsten Sicherstellung von Erfüllungs-, Gewährleistungs-, Garantie- oder Schadenersatzansprüchen für einen Zeitraum von 45 Tagen über die Garantiefrist hinaus einzubehalten. Dies gilt auch im Falle einer Insolvenz des AN.

4.4 Schlussrechnung:

Die Freigabe der letzten Zahlung erfolgt nur bei Vorliegen der Schlussrechnung über alle gemäß Bestellung erbrachten Lieferungen und Leistungen und damit zusammenhängenden Forderungen. Durch die Vorlage der Schlussrechnung erklärt der AN, dass er damit sämtliche Forderungen aus dem betreffenden Geschäftsfall abschließend geltend gemacht hat und keine weiteren Forderungen gestellt werden.

4.5 Aufrechnung:

Der AG ist berechtigt, gegen die Forderungen des Lieferanten oder AN mit Forderungen aufzurechnen, die Unternehmen zustehen, an denen die Bilfinger SE mittelbar oder unmittelbar zu mindestens 50 % beteiligt ist (Bilfinger Konzerngesellschaften). Der AG ist weiters berechtigt, seine Forderungen mit Gegenforderungen zu verrechnen, die dem Lieferanten oder AN gegen eines der vorgenannten Unternehmen der Bilfinger Gruppe zustehen. Zu den Bilfinger Konzerngesellschaften, an denen Bilfinger mittelbar oder unmittelbar zu mindestens 50 % beteiligt ist, gehören alle Gesellschaften, die das geschützte Warenzeichen, die Wort-Bild-Marke der Bilfinger Gruppe, führen.

4.6 Einbehalt:

Weiters ist der AG berechtigt, Zahlungen jederzeit einzubehalten, wenn der AN seinen Vertragsverpflichtungen nicht nachkommt (z.B. Qualität, Termin, Funktion etc.) oder solange der AN Mängel nicht beseitigt. Der Einbehalt von Zahlungen berechtigt den AN nicht die Ausführung der Bestellung zu unterbrechen oder einzustellen. Dieses Recht des AG zum Zahlungseinbehalt ist nicht auf Zahlungen aus gegenständlichem Vertragsverhältnis beschränkt, sondern bezieht sich auch auf Zahlungen, die ihre Grundlage in anderen Vertragsverhältnissen haben.

5. SUBVERGABEN / Lieferantenbeauftragung

5.1 Genehmigung:

Der AN ist verpflichtet, den AG über beabsichtigte Subvergaben bzw. auf Anforderung des AG auch über Lieferantenbeauftragungen zeitgerecht zu informieren und sich diese vom AG vor Vergabe schriftlich genehmigen zu lassen. Auf Anforderung hat der AN dem AG eine Kopie der jeweiligen Bestellung zur Verfügung zu stellen.

Bei Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen hat der AN den AG für sämtliche daraus entstehende Konsequenzen schadlos zu halten.

Bei durch den AG nicht genehmigten Subvergaben bzw. Lieferantenbeauftragungen ist der AG unbeschadet sonstiger Ansprüche berechtigt, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten.

Die Genehmigung einer Subvergabe/Lieferantenbeauftragung durch den AG schränkt die Verpflichtungen des AN nicht ein. Der AN bleibt gegenüber dem AG auch im Falle von Subvergaben/Lieferantenbeauftragung für die Erfüllung der gesamten Bestellung voll verantwortlich. Der AN ist für Handlungen und Unterlassungen seiner Unterauftragnehmer und Lieferanten haftbar wie für eigene Handlungen/Unterlassungen. Der AN haftet für das Verschulden seiner Subunternehmer und Lieferanten wie für sein eigenes Verschulden.

Der AG hat das Recht, Forderungen von Subauftragnehmern oder Lieferanten des AN direkt zu erfüllen, und - ohne Verzicht auf andere Rechte - diese Forderungen von Zahlungen an den AN einzubehalten. Derartige Zahlungen des AG erfolgen an Zahlung statt auf Forderungen des AN und hat der AG den AN davon zu informieren.

5.3 Anfragen/Gegengeschäfte:

Der AN wird etwaige Subvergaben im Rahmen des Liefer- und Leistungsprogrammes der Bilfinger Konzerngesellschaften bei den jeweiligen Gesellschaften anfragen.

Die Erfüllung der terminlichen und sonstigen Auflagen gemäß Bestellung darf jedoch nicht beeinträchtigt werden.

6. DOKUMENTATION

6.1 Bedeutung der Dokumentation:

Unter Dokumentation werden alle die Lieferungen und Leistungen des AN begleitenden Unterlagen schriftlicher, zeichnerischer oder sonstiger Art verstanden, die dazu dienen, dass der AN und der AG ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Vertragspartnern und den vom jeweiligen Geschäft berührten staatlichen Stellen zeitgerecht und auf wirtschaftlichste Weise erfüllen können. Derartige Unterlagen beziehen sich auf Herstellung, Qualitätskontrolle, Gefährdungspotentiale, Sicherheitsvorschriften, Versand, Transport, Ausfuhr, Transit, Einfuhr, Verzollung, Versteuerung, Identifikation von Teilen, Logistik, Lagerung, Montage, Inbetriebnahme, Schulung, Buchhaltung, Rechnungslegung, Betriebsführung, Reparatur, Wartung, Ersatzteilbeschaffung etc.

Stellt der AG eine elektronische Plattform zur Ablage von Dokumenten zur Verfügung (z.B. Microsoft Sharepoint), so ist diese verpflichtend zu verwenden. Ein Verstoß gegen diese Verpflichtung oder eine Nichtbeachtung gilt als wesentliche Vertragsverletzung.

Die Herstellung und Lieferung der Dokumentation stellt eine vertragliche Hauptleistungspflicht des AN dar.

Der AG erwirbt an der Dokumentation ein uneingeschränktes Werknutzungsrecht und ist u. a. berechtigt, die vom AN oder dessen Subunternehmern erhaltene Dokumentation seinen anderen Vertragspartnern und dem EA zu übergeben.

6.2 Umfang:

Die Dokumentation ist in dem in der Bestellung vorgeschriebenen Umfang vorzulegen. Soweit im einzelnen keine Angaben vorliegen, hat die Dokumentation in Umfang, Qualität und zeitlicher Hinsicht dem konkreten Geschäftsfall zu entsprechen und ist in der vorgeschriebenen Sprache zu erstellen.

6.3 Versanddokumentation:

Die Versanddokumentation hat den Versandbedingungen und Verpackungsrichtlinien des AG zu entsprechen. In der Dokumentation sind jeweils die vollständige und richtige Bestell-, Identifikationsnummer, Vertragspositions- und Itemnummer sowie die Warenbezeichnung unter anderem zur klaren Zuordnung des jeweiligen Zolltarifes klar ersichtlich zu machen. Die Teilebezeichnung muss in allen Dokumentationen gleichlautend sein. Vor allem muss diese Bezeichnung in den Zeichnungen, Stücklisten, Packlisten und Versandpapieren unbedingt den gleichen Wortlaut haben.

6.4 Ursprungsdokumentation:

Der AN hat der zu liefernden Ware im grenzüberschreitenden Verkehr jenen gültigen Präferenznachweis (Warenverkehrsbescheinigung, Präferenzursprungszeugnis, Ursprungszeugnis, Ursprungsbestätigung, Ursprungserklärung u. ä.) kostenlos beizufügen, der im Bestimmungsland der Ware zur begünstigten Einfuhrzollabfertigung erforderlich ist.

Der Präferenznachweis muss insbesondere auch die Bestellnummer und die Auftragsnummer des AG enthalten. Warenwerte dürfen nicht aufscheinen!

Das Ursprungszeugnis ist auf Anforderung seitens des AG und auf Kosten des AN durch die zuständige Handelskammer und vom zuständigen Konsulat bzw. der zuständigen Botschaft beglaubigen zu lassen.

Sämtliche Abgaben, Gebühren und Mehrkosten, die durch Nichtbeibringung derartiger Unterlagen oder durch unrichtige Angaben entstehen, sind vom AN zu tragen.

6.5 Prüfdokumentation:

Soweit dies im Zusammenhang mit dem Geschäftsfall erforderlich ist, besteht die vom AN zu liefernde Prüfdokumentation aus Berichten über Qualitätskontrolle, Testberichten etc. sowie aus Terminablaufplänen und Fortschrittsberichten.

6.6 Montagedokumentation:

Unterlagen zur Ermöglichung einer ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Montage sind dem Terminplan und dem tatsächlichen Lieferablauf entsprechend beizubringen.

6.7 CE-Kennzeichnung:

Wenn für die Lieferungen/Leistungen die Anbringung der CE-Kennzeichnung und/ oder ein Konformitätsnachweis vorgeschrieben oder zulässig ist, ist der AN ohne gesonderte Vergütung verpflichtet, das CE-Zeichen anzubringen und dem AG die notwendigen Konformitätsnachweise in der für die Dokumentation vorgeschriebenen Sprache zur Verfügung zu stellen.

7. BEGLEITENDE KONTROLLE

7.1 Prüfungen:

Der AN räumt dem AG und dem EA und von diesen beauftragten Personen das Recht ein, jederzeit die mit der Durchführung des Auftrages verbundenen Tätigkeiten zu prüfen. Dazu gehören die Überprüfung von Planung, Fertigung bezüglich Qualität und Termin, Probenahmen, Verpackung bezüglich Qualität und Übereinstimmung der Packlisten mit Kollinhalten, Verladekontrollen etc. Zu diesem Zweck hat der AN dem AG und dem EA oder deren Beauftragte Zugang zu den entsprechenden Arbeitsräumen und Unterlagen beim AN und dessen Nachauftragnehmern zu gewähren und den AG ständig über den tatsächlichen Terminfortschritt auf dem Laufenden zu halten und absehbare Terminverschiebungen bekannt zu geben.

Der AN ist verpflichtet, vor der technischen Prüfung durch das Prüfteam selbst eine vollständige Prüfung vorzunehmen und detaillierte Prüfergebnisse (Prüfbericht, Messprotokolle etc.) zur Endprüfung vorzulegen sowie auf Verlangen des AG an dieser teilzunehmen. Zur Durchführung der Prüfungen stellt der AN auf seine Kosten Hilfsleistungen, Materialien, Arbeitskräfte, Dolmetscher, Energie, geeignete Prüfeinrichtungen, Prüfmittel, Fach- und Hilfskräfte für z. B. auch Umstapeln, Öffnen/ Verschließen der Kisten etc., für eine ordnungsgemäße und wirkungsvolle Prüfung zur Verfügung.

Der AN ist verpflichtet, die Anlagen/Anlagenkomponenten etc. allseits leicht zugänglich, unfallsicher bzw. soweit nicht anders vorgeschrieben, ungestrichen und vormontiert zur Prüfung vorzustellen.

Die Durchführung einer Prüfung oder ein Prüfverzicht seitens des AG schränken die Verpflichtungen des AN nicht ein und bedeuten insbesondere keinen Verzicht des AG auf ihm zustehende Rechte wie z.B. Vertragsstrafen, Schadenersatz, Ansprüche aus Gewährleistung/Garantie, etc. auch wenn ein diesbezüglicher Vorbehalt nicht gemacht wird. Im Zuge der Prüfungen festgestellte Mängel hat der AN unverzüglich auf seine Kosten zu beseitigen.

7.2 Dokumentation:

Zu den Prüfungen sind vom AN die vorgeschriebene Prüfdokumentation, bei Verpackungsprüfung die Packlisten, bereitzustellen. Unvollständige/falsche Prüfdokumentation kann zu Wiederholungsprüfungen führen.

Die Prüfdokumentation ist dem Prüfer des AG bei der Prüfung vorzulegen und in der verlangten Anzahl zu übergeben oder innerhalb einer vereinbarten Frist zu übersenden. Bei Prüfverzicht ist die Prüfdokumentation sofort bzw. nach Vereinbarung, jedoch spätestens vor Auslieferung der Anlage/Anlagenkomponenten, dem AG zu übermitteln.

Die Prüfdokumentation ist getrennt nach Positionsnummern in übersichtlicher, aussagefähiger Form mit Inhaltsverzeichnis etc. in Mappen/Ordern zu erstellen.

7.3 Kosten:

Der AN bzw. der AG/der EA tragen jeweils die Kosten für ihr Personal bzw. Prüfteam selbst.

Kommt eine (positive) Prüfung aus Gründen, die der AN zu vertreten hat, nicht zustande, sind sämtliche aus zusätzlichen Prüfungen resultierenden Kosten vom AN zu tragen.

8. VERSAND

8.1 Versandbedingungen:

Der AN verpflichtet sich zur Einhaltung der Versandbedingungen und Verpackungsrichtlinien des AG.

Der AG behält sich vor, die Versanddispositionen den aktuellen Erfordernissen während der Erstellung der Gesamtanlage anzupassen. Aus Nichteinhaltung der Versandbedingungen entstehende Mehrkosten, z.B. Sondertransporte (Luftfracht) mit entsprechenden Verpackungserfordernissen sind vom AN zu tragen.

Die Lieferung erfolgt, soweit nicht anders vereinbart, „geliefert an einen bestimmten Ort“ (DAP) gem. Incoterms 2020 an die Adresse des AG.

8.2 Ausfuhrabfertigung:

Ist bei der Preisstellung "ausfuhrzollabgefertigt" vereinbart, so hat der AN die Zollbehandlung mit eigenen Papieren vorzunehmen und sämtliche damit verbundene Kosten und Abgaben zu tragen.

8.3 Teillieferungen:

Sofern nichts anderes vereinbart, sind die beauftragten Lieferungen vom AN in Komplettladungen zu liefern bzw. zur Abholung bereit zu stellen. Unvollständige Teillieferungen sind nur nach vorheriger Abstimmung und schriftlicher Freigabe durch den AG durchzuführen bzw. einzuplanen. Sämtliche Zusatzkosten/Mehraufwendungen (z.B. Transport-, Verpackungskosten, Montagebehinderungen, Manipulationskosten etc.) aufgrund von unabgestimmten und vom AG nicht freigegebenen Teillieferungen gehen zu Lasten des AN.

9. TERMINE

9.1 Lieferdatum:

Für die Dokumentation gilt als Lieferdatum das jeweilige Datum des AG-Eingangsstempels bzw. der AG-Übernahmebestätigung, wenn sie im Sinne der Bestellung vollständig und richtig vorgelegt wurde.

Für Lieferungen und Leistungen gilt als Lieferdatum das Datum der vollständigen und mangelfreien Durchführung der jeweiligen AN-Verpflichtungen gemäß Bestellung einschließlich der vollständigen und richtigen Dokumentation.

9.2 Verzug:

Erkennt der AN, dass er die vereinbarten Fristen und Termine nicht einhalten kann, ist er verpflichtet, den AG unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen.

Für den Fall, dass sich aus der Bestellung für den AG terminliche Auflagen ergeben, ist der AN verpflichtet, diese nachweislich und rechtzeitig zu urgieren. Geschieht dies nicht, kann sich der AN im Falle von Verzügen seiner Lieferungen und Leistungen nicht auf eine verzögerte Mitwirkung des AG berufen. Sollte die Terminerfüllung seitens des AN trotz Urgenz durch eine verspätete Mitwirkung des AG unmöglich sein, so verschieben sich die vereinbarten Termine und Fristen maximal um den Zeitraum des vom AG zu vertretenden Verzuges, jedoch ohne zusätzlichen Vergütungsanspruch des AN. Als neue Termine, die einer Vertragsstrafe unterliegen, gelten die um diesen Verzug verlängerten ursprünglichen Termine.

In allen Fällen drohender oder eingetretener Verzüge ist der AN unabhängig von deren Ursache verpflichtet, seine Auftragsdurchführung so flexibel zu gestalten, dass Verzüge minimiert werden.

9.3 Einlagerung:

Sollten sich die in der Bestellung vereinbarten Liefertermine aus nicht beim AN liegenden Gründen ändern, erklärt sich der AN damit einverstanden, eine sachgerechte Lagerung bis zu 3 Monate lang auf Kosten und Gefahr des AN für den AG vorzunehmen.

Davon betroffene Zahlungen können nach Wahl des AG gegen Einlagerungsbestätigung, Materialübereignungserklärung, Eigentumsübertragung und/oder Bankgarantie etc. geleistet werden. Wählt der AG Eigentumsübertragung, erfolgt der Gefahrenübergang gem. 17.1. erster Satz.

Im Falle der Einlagerung sind Gesamt- oder Teillieferungen nur nach schriftlicher Versandfreigabe durch den AG gestattet.

9.4 Vorzeitige Erfüllung:

Lieferungen/Leistungen vor Fälligkeit sind nur nach schriftlicher Genehmigung durch den AG gestattet und bewirken keinen vorgezogenen Anspruch auf Zahlung.

10. HAFTUNG DES AUFTRAGNEHMERS

Der AN haftet vollumfänglich gemäß den gesetzlichen Bestimmungen soweit in diesen AKB oder der Bestellung nicht ausdrücklich etwas anders festgelegt ist.

10.1 Vertragsstrafen für Verzug:

Wenn der AN die in der Bestellung vereinbarten Fristen, Zwischen- oder Endtermine nicht einhält, hat er bis zum tatsächlichen Lieferdatum folgende Vertragsstrafen, jeweils vom Gesamtbestellwert berechnet, zu tragen. Die Vertragsstrafen können gegebenenfalls auch von den laufenden Rechnungen bzw. von den Forderungen des AN in Abzug gebracht werden.

- Lieferungen und Leistungen
1 % je angefangener Verzugswoche, maximal 10 % des Gesamtbestellwertes;
- Dokumentation
0,5 % je angefangener Verzugswoche, maximal 5 % des Gesamtbestellwertes.

Die Verpflichtung zur Zahlung einer Verzugsstrafe entsteht für den AN mit dem Eintritt des objektiven Verzuges, wobei es auf ein Verschulden des AN nicht ankommt.

Die Vertragsstrafe ist fällig, wenn der AN auch nur mit einer Teilleistung in Verzug ist oder auch nur geringfügige unwesentliche Mängel die Gesamtabnahme verhindern. Basis für die Berechnung der Pönale ist jeweils der Gesamtbestellwert.

Dem AG ist die Geltendmachung eines über die Vertragsstrafe hinausgehenden tatsächlichen Schadens unbenommen.

Vorbehalte des AG bei Übernahme der Lieferung sind zur Wahrung des Anspruches auf eine Vertragsstrafe nicht erforderlich. Die Bezahlung von Vertragsstrafen entbindet den AN nicht von seinen Erfüllungsverpflichtungen und daraus resultierender Haftungen.

11. GARANTIE

11.1 Allgemeines:

Der AN garantiert neben den ausdrücklich spezifizierten oder in anderer Weise zugesagten oder allgemein vorauszusetzenden Eigenschaften die Vollständigkeit und Eignung seiner Lieferungen und Leistungen für den konkreten Bedarfsfall, insbesondere auch die Eignung der Lieferungen und Leistungen für die am Einsatzort herrschenden Betriebsbedingungen im Dauerbetrieb im Verband der Gesamtanlage, die Einhaltung aller am Einsatzort geltenden Normen und behördlichen Vorschriften (insbesondere bezüglich Sicherheit und Umweltschutz), die ungestörte Verfügbarkeit unter Einhaltung der Leistungs- und Verbrauchswerte, Montage-, Wartungs- und Reparaturfreundlichkeit, Ausführung nach dem neuesten Stand der Technik zum Zeitpunkt der vertragskonformen tatsächlichen Ausführung durch den AN.

Jede Werbeaussage des AN über sein Produkt/seine Leistungen gilt als ausdrücklich zugesagte Eigenschaft des Produktes/der Leistung.

11.2 Garantiefrist, Mängelbehebung:

Die Garantiefrist endet 24 Monate nach Abnahme der Gesamtanlage, spätestens 36 Monate ab Endauslieferung gemäß Bestellung. Für Korrosionsschutz endet die Garantiefrist 60 Monate nach Abnahme der Gesamtanlage.

Die Garantiefrist verlängert sich um den Zeitraum von Stillständen aufgrund von vom AN zu verantwortenden Mängeln. Bei Austausch oder Reparatur eines Teiles beginnt mit Einbau des Neuteiles bzw. mit Abschluss der Reparatur eine neue Garantiefrist von gleicher Dauer wie für die Erstlieferung und zwar für die Gesamtanlage.

Der AN kann sich von seinen Garantie- und Gewährleistungsverpflichtungen nicht durch den Einwand einer unterlassenen Mängelrüge seitens des AG befreien. Die außergerichtliche Rüge von Mängeln hemmt den Ablauf der Gewährleistungs- und Garantiefrist für ein Jahr.

Eine Prüfpflicht des AG hinsichtlich der Lieferungen und Leistungen des AN vor den vereinbarten Funktions- und Leistungstests ist ausgeschlossen. Die Anwendung des § 377 UGB ist einvernehmlich abbedungen.

Etwaige vor oder während der Garantiefrist auftretende Mängel einschließlich Serienmängel, selbst wenn der Mangel noch nicht an sämtlichen Teilkomponenten der Lieferungen tatsächlich aufgetreten ist, hat der AN am Einsatzort seiner Lieferungen innerhalb kürzester Frist nach Wahl des AG durch Austausch oder Reparatur zu beheben. Alle erforderlichen Leistungen und Nebenkosten, wie Transport, Zölle, Demontage und Montage etc. sind vom AN zu erbringen bzw. zu tragen.

Bei kleineren Mängeln (Größenordnung bis EUR 10.000,- je Einzelfall) oder bei solchen, deren Beseitigung keinen Aufschub duldet, insbesondere in terminkritischen Phasen (z. B. Probetrieb) ist der AG ohne vorherige Information des AN berechtigt, diese auf Kosten des AN sofort selbst zu beheben oder beheben zu lassen, wobei sonstige Ansprüche des AG dadurch unberührt bleiben. Dies gilt auch, wenn der AN trotz Aufforderung die Mängel nicht termingerecht beseitigt.

11.3 Nichteinhaltung zugesicherter Eigenschaften:

Auch wenn die Bestellung Vertragsstrafen für Mängel, nicht erreichte zugesicherte Eigenschaften oder Garantien vorsieht (z. B. Leistungsbonalen), wird der AN nicht seiner Verpflichtung entbunden, dass seine Lieferungen und Leistungen dem vorgesehenen Verwendungszweck entsprechen müssen.

11.4. Abtretung:

AN tritt hiermit sämtliche gegen seine Subunternehmer und Lieferanten ergebenden Mängel-, Garantie- und Schadensersatzansprüche an den AG ab. Der AG nimmt die Abtretung an. Der AN

ermächtigt den AG, die abgetretenen Ansprüche im eigenen Namen und für eigene Rechnung geltend zu machen. Der AN hat diese Abtretung der Ansprüche an den AG in den Verträgen mit seinem Subunternehmern und Lieferanten vorzusehen. Die Mängelhaftung des AN gegenüber dem AG bleibt von dieser Abtretung unberührt. Im Falle einer Inanspruchnahme des AN durch den AG kann dieser jedoch verlangen, dass die abgetretenen Ansprüche gegenüber den Subunternehmern und Lieferanten zurück abgetreten werden.

11.5 Ingenieurhaftung:

Bezüglich Ingenieurleistungen, Beratungstätigkeit und Dokumentation garantiert der AN deren Richtigkeit und Vollständigkeit.

Planliche Vorgaben des AG sind unverbindlich und vom AN entsprechend alleinverantwortlich zu kontrollieren. Planliche Vorgaben des AG entbinden den AN in keinem Fall von seiner Verantwortung für seine Leistung. Ein Mitverschulden des AG im Falle eines Planungsfehlers ist ausgeschlossen. Der AN ist insbesondere dafür verantwortlich, sich über die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort in Kenntnis zu setzen und diese bei seiner Planung entsprechend zu berücksichtigen.

Der AN nimmt insbesondere zur Kenntnis, dass planliche Vorgaben des AG lediglich unverbindliche Ideen zur Projektverwirklichung darstellen und weder in konstruktiver noch statischer noch ausführungstechnischer Hinsicht entsprechend überprüft sind. Der AN behält trotz solcher planlicher Vorgaben des AG die volle Verantwortung für sein Gewerk.

11.6 Produkthaftung:

Wird der AG wegen Verletzung behördlicher Sicherheitsvorschriften oder aufgrund in- oder ausländischer Produkthaftungsregelungen oder -gesetze in Anspruch genommen, und ist dieser Anspruch auf vom AN gelieferte fehlerhafte Produkte zurückzuführen, hat der AN dem AG sämtliche daraus resultierende Schäden zu ersetzen und den AG im übrigen schad- und klaglos zu halten.

Der AN verpflichtet sich, sich gegen alle Risiken aus der Produkthaftung in ausreichender Höhe zu versichern und dem AG auf Verlangen die Versicherungspolizze vorzulegen.

Der Abschluss dieser Versicherung schränkt die Verpflichtungen und Haftung des AN aus diesem Artikel in keiner Weise ein, selbst wenn der AG keinen Einwand gegen die vorgelegte Versicherungspolizze erhebt.

11.7 Ersatzteile:

Der AN garantiert, dass die als notwendig angebotenen und einvernehmlich ausgewählten Ersatz-, Verschleiß- und Betriebswechselteile für den Zeitraum ab Inbetriebnahme und einen kontinuierlichen Dauerbetrieb im Ausmaß von 2 Jahren (sofern nicht abweichend vereinbart) ausreichend sind. Andernfalls hat der AN entsprechende Nachlieferungen "Geliefert an einen bestimmten Ort, (DAP)" zum vom AG benannten Bestimmungsort (in der Regel Baustelle) gemäß INCOTERMS 2020, verpackt und entsprechend konserviert, kostenlos durchzuführen.

Die Garantiefrist endet 24 Monate nach dem Einbau und der Inbetriebnahme dieser Teile.

Der AN garantiert die Verfügbarkeit von Ersatz-, Verschleiß- und Betriebswechselteilen für den Liefergegenstand bis 10 Jahre nach Ablauf der Garantiefrist.

11.8. Waren mit digitalen Elementen / digitale Leistungen:

Bei Waren mit digitalen Elementen sowie bei digitalen Leistungen haftet der AN dafür, dass dem AG kostenfrei während des gesamten Gewährleistungszeitraums, mindestens jedoch während eines Zeitraums von 3 Jahren ab Abnahme, jene Aktualisierungen zur Verfügung gestellt werden, die notwendig sind, damit die Ware oder die digitale Leistung weiterhin dem Vertrag entspricht.

12. ABNAHME

12.1 Leistungstest:

Grundsätzlich wird die Vertragskonformität der Lieferungen/Leistungen im Leistungstest der Gesamtanlage überprüft. Der AG ist jedoch berechtigt, zusätzliche spezielle Tests zur Überprüfung der Lieferungen/Leistungen durchzuführen.

12.2 Verzug der Abnahme durch den AN:

Wenn ein Leistungstest nicht erfolgreich ist oder die Abnahme wegen anderer Mängel nicht erfolgt, gewährt der AG dem AN eine nach Maßgabe des Zusammenhanges mit der Gesamtanlage angemessene Frist zur Vornahme von Nachbesserungen. Vom AN im Zuge erfolgloser Leistungstests verursachter Aufwand des AG an Personal, Material, Betriebsmitteln etc. ist vom AN zu tragen.

Findet die Abnahme aus vom AN zu vertretenden Gründen nicht zum vereinbarten Abnahmeterrain statt, kann der AG die in der Bestellung vereinbarten Vertragsstrafen und/ oder Preisminderung verlangen und/oder unter Wahrung eventueller Schadenersatzansprüche vom Vertrag zurücktreten.

13. SANKTIONEN, EXPORTKONTROLLE UND WARENURSPRÜNGE

- (1) Der AG wird von sämtlichen Pflichten aus oder im Zusammenhang mit dem Vertrag (einschließlich Schadensersatz) frei, wenn Hindernisse aufgrund von nationalen oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts oder eines Embargos und/oder sonstigen Sanktionen bestehen, die einer Vertragserfüllung durch den AG entgegenstehen.
- (2) Der AN ist verpflichtet, alle österreichischen und EU-Vorschriften sowie Vorschriften der USA, des Vereinigten Königreichs und Chinas einzuhalten, die sich auf den Import, Export oder Re-Export der Güter (d.h. Waren, Software, Technologie) beziehen, die Gegenstand des Vertrages sind. Insbesondere liefert der AN dem AG keine Güter, die einem Einfuhrverbot in die Europäische Union unterliegen.
- (3) Der AN teilt dem AG alle für den Export der Güter notwendigen Informationen mit, indem er unverzüglich nach der verbindlichen Bestellung kostenfrei die relevanten Daten für alle im Rahmen dieser Bestellung gelieferten Güter mittels Formular „Erklärung zu Exportbeschränkungen, statistischen Warennummern, Warenursprung und Präferenzen“ (zu finden auf der Homepage der jeweiligen Bilfinger-Gesellschaft unter: Unternehmen – Einkauf) oder auf anderen geeigneten Handelsdokumenten übermittelt. Der AN verpflichtet sich, den AG über eintretende Änderungen jederzeit schriftlich zu informieren.
- (4) Der AN stellt dem AG auf Anfrage kostenfrei sämtliche Unterlagen und Nachweise zur Verfügung, die für eine Einfuhr der Güter in die Europäische Union erforderlich sind.
- (5) Der AN stellt dem AG unverzüglich und kostenfrei eine rechtskonform ausgestellte Lieferantenerklärung für Waren mit Präferenzursprungseigenschaft gemäß VO EU 2447/2015 Anhang 22-15 zur Verfügung. Andere nicht präferenzielle Ursprungsnachweise müssen vor der Ausstellung mit dem AG abgestimmt werden.
- (6) Der AN stellt den AG von allen Schäden, finanziellen Einbußen und Ansprüchen Dritter frei, die dem AG dadurch entstehen, dass der AN eine der oben genannten Pflichten verletzt hat, es sei denn, der AN hat die Pflichtverletzung nicht zu vertreten.

14. RECHTE AM VERTRAGSGEGENSTAND

14.1 Rechte Dritter:

Der AN verpflichtet sich sicherzustellen, dass der Gebrauch der Lieferungen und Leistungen des AN in keiner Weise durch die Geltendmachung von Rechten Dritter (Marken, Muster, Patente, Gebietsschutz etc.) beeinträchtigt oder gegen bestehende Boykott-Klauseln, Blacklists etc. verstoßen wird.

Über jede sich später herausstellende Verletzung fremder Rechte oder der Boykotts, Blacklists etc. hat der AN den AG unverzüglich zu unterrichten.

Sollten derartige Beeinträchtigungen oder Rechtsverletzungen behauptet werden, verpflichtet sich der AN, den AG und/oder den EA ohne Einschränkung gegenüber Ansprüchen von Dritten völlig schad- und klaglos zu halten und dem AG und/oder dem EA den uneingeschränkten Gebrauch des Bestellgegenstandes zu gewährleisten oder andere akzeptable Alternativen kostenlos für den AG und den EA sicherzustellen.

14.2 Urheberrecht:

Das Eigentum und ausschließliche Nutzungsrecht an den vom AG dem AN zur Verfügung gestellten Zeichnungen, Informationen und Know-how verbleibt beim AG. Der AN erkennt an, dass diese ausschließlich für den AG urheberrechtlich geschützt sind.

14.3 Erfindungen und Verbesserungen:

Der AN ist verpflichtet, Erfindungen und Verbesserungen durch ihn oder seine Mitarbeiter im Zusammenhang mit der Auftragsrealisierung unter Verwendung der vom AG zur Verfügung gestellten Informationen dem AG mitzuteilen und über Ersuchen des AG Erfindungen gemäß den einschlägigen Bestimmungen des relevanten Patentgesetzes in Anspruch zu nehmen. Die in Anspruch genommene Erfindung (Patent) wird der AN mit allen Rechten und Pflichten an den AG, gegen Ersatz der dem Erfinder gewährten Vergütung und der Patentbegründungskosten, vorbehaltlos übertragen.

Die Inanspruchnahme der Erfindung, die Patentanmeldung und die Festlegung der dem Erfinder nach dem Gesetz zustehenden Vergütung wird der AN einvernehmlich mit dem AG durchführen, wobei der AN die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen hat.

Der AN hat sicherzustellen, dass seine Subunternehmer eine gleichartige Verpflichtung zugunsten des AG übernehmen.

14.4 Nachaufträge:

Zum Schutz des vom AN im Zusammenhang mit dem Auftrag erworbenen Know-hows des AG und zur Sicherstellung eines optimalen Betriebes der Gesamtanlage, auch nach Ablauf der Gewährleistung, gewährt der AN dem AG für eventuelle Nachaufträge des Kunden/EA oder dessen Bevollmächtigten zu der vom AG gelieferten Gesamtanlage für einen Zeitraum von 10 Jahren ab Endauslieferung exklusiven Kundenschutz. Der AN verpflichtet sich, keine direkten oder indirekten Angebote an den EA, z. B. für Ersatz- und Verschleißteile ohne Abstimmung mit dem AG als Vertriebspartner zu legen.

15. HÖHERE GEWALT

Der AN ist von der termingerechten Vertragserfüllung ganz oder teilweise befreit, wenn er daran durch Ereignisse Höherer Gewalt gehindert wird.

Als Ereignisse Höherer Gewalt gelten ausschließlich Feuer, Naturgewalten, Krieg und Aufruhr, sofern diese Ereignisse für den AN unabwendbar sind und zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses unvorhersehbar waren.

Der durch ein Ereignis Höherer Gewalt behinderte AN kann sich jedoch nur dann auf das Vorliegen Höherer Gewalt berufen, wenn er dem AG unverzüglich, jedoch spätestens innerhalb von 5 Kalendertagen über Beginn und absehbares Ende der Behinderung eine eingeschriebene, von der jeweiligen Regierungsbehörde bzw. Handelskammer des Lieferlandes/Leistungslandes bestätigte Stellungnahme über die Ursache, die zu erwartende Auswirkung und Dauer der Verzögerung übergibt.

Der AN hat in Fällen Höherer Gewalt alle Anstrengungen zur Beseitigung bzw. Minderung der Schwierigkeiten und absehbaren Schäden zu unternehmen und den AG hierüber laufend zu unterrichten.

Termine und Fristen, die durch das Einwirken der Höheren Gewalt nicht eingehalten werden können, werden um die Dauer der Auswirkungen der Höheren Gewalt verlängert.

Sollte ein Fall Höherer Gewalt länger als 4 Wochen andauern, kann der AG ganz oder teilweise vom Vertrag zurücktreten.

Der AG haftet gegenüber dem AN nicht für die Folgen von Beeinträchtigungen der Vertragserfüllung, die durch Höhere Gewalt verursacht wurden.

16. RÜCKTRITT

16.1 Vertragsverletzung

Der AG kann im Fall einer schwerwiegenden Vertragsverletzung nach Setzung einer angemessenen Nachfrist (in der Regel 14 Tage) vom Vertrag ganz oder teilweise zurücktreten.

Der AG kann vom Vertrag jedoch ohne Setzung einer Nachfrist zurücktreten,

- wenn dem AN nach Mahnung durch den AG, wenn auch ohne ausdrückliche Nachfristsetzung oder Rücktrittsandrohung, eine angemessene Nachfrist zur Vertragserfüllung faktisch zur Verfügung gestanden ist; oder
- wenn der AG schon vor dem jeweiligen Vertragstermin Grund zur Annahme hat, dass der AN wesentliche Vertragsverpflichtungen nicht termingerecht zu erfüllen bereit oder in der Lage ist oder sein wird; oder
- wenn der AN gegen Bestimmungen bzw. Verpflichtungen des Verhaltenskodex (Klausel 20) verstößt; oder
- bei Nichtvorlage der Unterlagen und/oder Nichterteilung entsprechender Auskünfte gem. 21.2.7 und/oder bei Verstoß gegen die Bestimmungen in 21.2.6.; oder
- gem. den Bestimmungen der Klausel 5.1. oder
- wenn der uneingeschränkte Gebrauch des Bestellgegenstandes infolge Verletzung von Rechten Dritter (vgl. 14.1.) nicht möglich ist
- wenn der EA den Endkundenvertrag aus Gründen, die auch der AN zu vertreten hat, auflöst.

Schwerwiegende Vertragsverletzungen sind unter anderem Verzüge oder drohende Verzüge zur Einhaltung von Zwischen- oder Endterminen oder Mängel, die die Vertragserfüllung des AG gegenüber seinen Vertragspartnern gefährden, auch wenn dafür eine Vertragsstrafe vorgesehen ist.

In solchen Fällen ist der AG berechtigt, die unterlassenen bzw. ungenügend erbrachten Lieferungen und Leistungen selbst oder durch Dritte auf Kosten des AN durchzuführen (Ersatzvornahme). Die dabei anfallenden Kosten können vom AG entweder direkt in Rechnung gestellt werden, wobei eine Zahlungsfrist von 45 Tagen nach Rechnungslegung als vereinbart gilt, oder von den nächsten fälligen Zahlungen des AG an den AN abgezogen werden.

Der AN hat vom AG für noch nicht erfüllte Lieferungen und Leistungen bereits bezahlte Beträge zuzüglich der dem AG entstandenen Finanzierungskosten zurückzuzahlen.

Erfordert die Ausübung des Rechtes auf Ersatzvornahme den Zugriff auf beim AN oder dessen Sublieferanten befindliche Ausrüstungen oder Materialien etc., ist der AN zu deren Herausgabe an den AG verpflichtet.

Erfordert die Ausübung des Rechts auf Ersatzvornahme den Zugriff auf Schutzrechte, auf Dokumentationen (wie z. B. Werkstattzeichnungen, Berechnungen) oder sonstige Informationen, ist der AN verpflichtet, dem AG die dafür erforderlichen Rechte, Dokumentationen, Informationen zu verschaffen.

Nutzungsrecht:

Im Falle des Rücktritts vom Vertrag hat der AG Anspruch auf die für den AG und/oder EA kostenlosen Nutzung des Bestellgegenstandes bis zur Abnahme einer Ersatzlösung.

16.2 Bonität des AN:

Im Falle eines gegen den AN oder dessen Lieferanten drohenden oder eingeleiteten Insolvenzverfahrens oder bei Änderung in den Eigentumsverhältnissen des AN ist der AG vom AN umgehend und vollständig schriftlich in Kenntnis zu setzen. Falls über den AN ein Insolvenzverfahren eröffnet wird oder im Falle einer Änderung in den Eigentumsverhältnissen des AN, kann der AG über die beim AN und/oder seinen Sublieferanten lagernden Lieferungen/Leistungen umgehend verfügen und/oder vom Vertrag sofort ganz oder teilweise zurücktreten.

16.3 Gebrauchsüberlassung

Im Falle eines Rücktritts gemäß 16.1 und 16.2 dieser AKB ist der AG unbeschadet seiner sonstigen vertraglichen oder gesetzlichen Ansprüche berechtigt, das Werkzeug und die Montagehilfsmittel wie Kräne, Gerüste usw. des AN für die Fertigstellung der vom AN gemäß diesem Vertrag durchzuführenden Arbeiten gegen angemessenes Entgelt, welches der AG von den ihm gegen den AN zustehenden Schadensersatz- oder sonstigen Ansprüchen in Abzug bringt, zu benutzen. Der AN stimmt dieser vorgenannten Gebrauchsüberlassung schon jetzt ausdrücklich zu.

16.4 Stornierung

Der AG hat das Recht, auch ohne Verschulden des AN ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten. In einem solchen Fall ist der AG verpflichtet, dem AN den Vertragspreis proportional zu den bereits übergebenen Lieferungen und Leistungen zu bezahlen und außerdem die nachgewiesenen direkten Kosten in Arbeit befindlicher Lieferungen und Leistungen bzw. der Stornierung von Subaufträgen zu ersetzen. Der AN ist verpflichtet, nach Erklärung des Rücktritts alle Anstrengungen zu unternehmen, die vom AG zu ersetzenden Kosten möglichst gering zu halten.

16.5 Sistierung

Der AG hat das Recht, vom AN jederzeit die Unterbrechung der weiteren Auftragsdurchführung zu verlangen. Der AN hat in einem solchen Fall dem AG die entstehenden Konsequenzen im Detail darzustellen und dem AG eine im Projektzusammenhang ökonomisch bestmögliche Änderung des Terminablaufes anzubieten. Aus Sistierungen bis maximal 3 Monate wird der AN keine Forderungen stellen.

17. SONSTIGE BESTIMMUNGEN

17.1 Gefahrenübergang:

Für den Gefahrenübergang gelten die Regelungen der INCOTERMS 2020. Falls die Montage der Lieferungen im Lieferumfang des AN enthalten ist, erfolgt der Gefahrenübergang mit der Abnahme.

17.2 Eigentumsübergang:

Der Eigentumsübergang an den AG erfolgt gleichzeitig mit dem Gefahrenübergang gem. 17.1. erster Satz.

17.3 Versicherungen:

Soweit nicht besondere Vereinbarungen getroffen sind, ist es Sache des AN, die für erforderlich erachteten Versicherungen selbst abzuschließen. Die vom AN abgeschlossenen Versicherungen müssen einen Regressverzicht zugunsten des AG und des EA enthalten.

Falls die Bestellung keine abweichende Regelung enthält, gilt folgendes: Bei Bestellungen mit einem Bestellwert über EUR 10.000,00 ist der AN verpflichtet, eine Betriebs-, Produkte- und Planungshaftpflichtversicherung nach international üblichen Standards mit einer Mindestdeckungssumme im Gegenwert von EUR 2.500.000,00 je Schadensfall zu unterhalten, während der Dauer der Bestellausführung aufrecht zu erhalten und dies auf Verlangen des AG binnen 3 Tagen nachzuweisen.

Falls der AN im Rahmen einer vom AG abgeschlossenen Versicherung mitversichert ist, erkennt der AN die jeweiligen Versicherungsbedingungen als für ihn verbindlich an. Der AN verpflichtet sich daher auch zur Erfüllung aller damit zusammenhängenden Obliegenheiten, wie z. B. zur Erteilung der geforderten Auskünfte, Befolgung von Weisungen, Einhaltung von Auflagen etc.

17.4 Vollmacht:

Der AN ist verpflichtet, spätestens in der Auftragsbestätigung jene Personen namhaft zu machen, die in seinem Namen rechtsverbindliche Erklärungen abgeben und empfangen können. Unterlässt der AN eine solche Erklärung, so gelten alle für ihn tatsächlich Handelnden als dafür bevollmächtigt.

17.5 Haftung gegenüber dem AN:

Der AG haftet nicht für Schäden, die vom EA oder Dritten verursacht werden. Im Übrigen haftet der AG nur bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

17.6 Ansprüche Dritter:

Der AN hält den AG hinsichtlich aller Ansprüche Dritter im Zusammenhang mit Fehlern oder nicht vertragsgerechter Ausführung seiner Lieferungen und Leistungen schad- und klaglos.

17.7 Abtretung:

Der AN ist verpflichtet den AG unverzüglich und vorab über eine geplante Abtretung seiner Zahlungsansprüche gegen den AG an Dritte zu informieren.

17.8 Änderungen des Liefer- und Leistungsumfanges:

Der AG kann den Liefer- und Leistungsumfang jederzeit ändern bzw. ergänzen. Der AN wird Änderungen des Liefer- und Leistungsumfanges zu den in der Bestellung festgelegten Bedingungen ausführen, sofern ihm dies nicht unzumutbar ist, wofür der AN beweispflichtig ist.

Mengenänderungen gegenüber den Angaben des Leistungsverzeichnisses berechtigen in keinem Fall zu einer Änderung der vereinbarten Einheitspreise. Mehrforderungen aus diesem Titel, wie z.B. auf zusätzliches Entgelt oder Schadenersatz sind ausgeschlossen.

Eventuell sind daraus ergebende Terminänderungen sind innerhalb von 2 Arbeitstagen schriftlich dem AG mitzuteilen und mit diesem abzustimmen.

Der AN verpflichtet sich, ihm bekanntwerdende Verbesserungsmöglichkeiten am Vertragsgegenstand dem AG mitzuteilen und anzubieten. Änderungen dürfen jedoch nur aufgrund einer Nachtragsbestellung vorgenommen werden.

17.9 Pfandrechte/Zurückbehaltungsrechte:

Der Erwerb von Pfandrechten, Zurückbehaltungsrechten oder sonstiger Sicherheiten an vom AG beigestellten Teilen bzw. Waren, sowie an den Lieferungen/Leistungen oder Teilen davon ist ausgeschlossen.

Der AN hat sicherzustellen, dass eine entsprechende Bestimmung in allen Verträgen mit seinen Subauftragnehmern enthalten ist.

17.10 Reorganisation:

Der AN hat den AG unverzüglich über die Eröffnung, Aufhebung oder Einstellung eines Reorganisationsverfahrens nach dem Unternehmensreorganisationsgesetz zu informieren und dem AG während des Reorganisationszeitraumes monatlich über den Stand der Reorganisation zu berichten.

17.11 Salvatorische Klausel:

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Allgemeinen Kaufmännischen Bedingungen ungültig, unwirksam, gesetzwidrig oder undurchsetzbar sein, so hat dies keinen Einfluss auf die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen.

In einem solchen Fall sind AN und AG verpflichtet, die ungültige, unwirksam, gesetzwidrige oder undurchsetzbare Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck dieser Bestimmung in gesetzlich zulässiger Weise am nächsten kommt.

17.12 Vertrauliche Informationen und Datenschutz

Bei der Durchführung dieses Vertrags werden die Parteien Zugriff auf vertrauliche Informationen erhalten. Die Verwendung vertraulicher Informationen ist nur im Rahmen und zum Zwecke der vereinbarten Tätigkeiten zulässig. Die Parteien verpflichten sich, die erhaltenen vertraulichen Informationen weiterhin vertraulich zu behandeln und sich öffentlich nicht negativ übereinander zu äußern.

„Vertrauliche Informationen“ sind wirtschaftlich, rechtlich, steuerlich oder technisch sensible oder vorteilhafte Informationen, die den Parteien bekannt werden. Vertrauliche Informationen können solche Informationen sein, die in irgendeiner Weise als „vertraulich“ oder „gesetzlich geschützt“ erkennbar bezeichnet werden oder deren vertraulicher Inhalt offensichtlich ist. „Personenbezogene Daten“ im Sinne Art. 4 Nr. 1 DSGVO sind als vertrauliche Informationen zu verstehen. Ausgenommen sind rechtmäßig öffentlich bekannte gewordene Informationen.

Die Parteien verpflichten sich, bei Verarbeitung der vertraulichen Informationen die gesetzlichen und vertraglichen Vorschriften zum Datenschutz einzuhalten. Dies beinhaltet (i) die datenschutzrechtlichen Pflichten eines Verantwortlichen (Art. 24 DS-GVO), (ii) die Datenschutzgrundsätze (Art. 5 DS-GVO), (iii) das Ergreifen von dem aktuellen Stand der Technik angepassten technische Sicherheitsmaßnahmen (Art. 32 DS-GVO) und (iv) die Verpflichtung der Mitarbeiter auf das Datengeheimnis (Art. 5 Abs. 1 lit. f DS-GVO). Ist oder wird eine Partei Verarbeiter im Sinne von Art. 4 Nr. 8, 28 DS-GVO, wird er für die jeweilige Leistungserbringung gesondert eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung mit dem HU abschließen.

Die Pflicht zur Vertraulichkeit besteht nicht gegenüber Gerichten und Behörden, soweit eine Rechtspflicht zur Offenlegung besteht.

Die Weitergabe von überlassenen Informationen an Dritte ist nur zulässig, sofern (i) es sich dabei um externe Berater handelt, die gesetzlich oder standesrechtlich zur Vertraulichkeit verpflichtet sind, (ii) der Dritte von der jeweiligen Partei zur betreffenden Auftragsdurchführung benötigt wird

und gleichlautend zur Vertraulichkeit verpflichtet wurde, oder (iii) die jeweils andere Partei schriftlich einer Weitergabe zustimmt.

Nach Beendigung des Vertrags, spätestens innerhalb von vierzehn (14) Tagen nach schriftlicher Aufforderung des AG, wird der AN alle vorliegenden vertraulichen Informationen und aufgrund dieser Informationen gefertigten weiteren Unterlagen an den AG zurücksenden bzw. ihm die Vernichtung der Informationen und Unterlagen schriftlich bestätigen. Dies gilt nicht, wenn und soweit eine Verpflichtung zur Aufbewahrung aus Gesetz oder aufgrund behördlicher bzw. gerichtlicher Anordnung besteht.

Der AG ist berechtigt, die Einhaltung dieser Vertraulichkeitsvereinbarung im erforderlichen Umfang zu kontrollieren oder kontrollieren zu lassen. Der AN hat hierbei nach besten Kräften mitzuwirken und entsprechenden Zugang zu gewähren.

Die vorstehend definierten Verpflichtungen gelten auch nach Beendigung dieses Vertrags oder des jeweiligen Einzelvertrags für eine Dauer von 5 Jahren bzw. - für personenbezogene Daten - zeitlich unbegrenzt fort.

18. RECHT UND GERICHTSSTAND

18.1 Für Bestellungen an AN, die ihren Sitz außerhalb des Gebietes der Republik Österreich haben:

Alle Streitigkeiten, die sich aus der gegenständlichen Bestellung ergeben oder auf deren Verletzung, Auflösung oder Nichtigkeit beziehen und die nicht einvernehmlich beigelegt werden können, werden vorbehaltlich Artikel 18.3 nach der Schieds- und Schlichtungsordnung des Internationalen Schiedsgerichtes der Wirtschaftskammer Österreich, Wien, von einem oder mehreren gemäß dieser Ordnung ernannten Schiedsrichtern endgültig entschieden.

Anwendbar ist österreichisches materielles Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechtsübereinkommens 1980. Der Sitz des Schiedsgerichtes ist Wien.

18.2 Für Bestellungen an AN, die ihren Sitz im Gebiet der Republik Österreich haben:

Alle sich aus der gegenwärtigen Bestellung ergebenden Streitigkeiten, die nicht einvernehmlich beigelegt werden können, werden vorbehaltlich Artikel 18.3 nach der Schiedsgerichtsordnung für das ständige Schiedsgericht der Wirtschaftskammer am Sitz des AG von einem gemäß dieser Ordnung bestellten Schiedsgericht endgültig entschieden.

Anzuwenden ist österreichisches materielles Recht.

18.3 Ordentlicher Rechtsweg

Der AG behält sich in beiden obgenannten Fällen das Recht vor, Ansprüche gegen den AN statt durch ein Schiedsgericht auch am ordentlichen Rechtsweg beim sachlich zuständigen Gericht am Sitz des AG gemäß österreichischem materiellem Recht (unter Ausschluss des UN-Kaufrechtsübereinkommens 1980) geltend zu machen.

19. BAU-, MONTAGE- UND INBETRIEBNAHMELEISTUNGEN

19.1 Im Falle von Bau-, Montage- und Inbetriebnahmeleistungen gelten die Regelungen für die „Bedingungen für die Durchführung von Bau-, sowie Montage- und Inbetriebnahmeleistungen“ gemäß Anlage 1 zu AKB.

20. VERHALTENSKODEX FÜR LIEFERANTEN

20.1 Der AN ist zur Einhaltung des Verhaltenskodex für Lieferanten (zu finden auf der Homepage der jeweiligen Bilfinger-Gesellschaft unter: Unternehmen – Einkauf) verpflichtet.

ANLAGE 1
zu den
ALLGEMEINEN KAUFMÄNNISCHEN BEDINGUNGEN
für die Beschaffung von
Anlagen, Anlagenkomponenten und Leistungen
JÄNNER 2024
(AKB 01/2024)

**21. BEDINGUNGEN FÜR DIE DURCHFÜHRUNG VON BAU- SOWIE
MONTAGE- UND INBETRIEBNAHMELEISTUNGEN**

21.1 Gültigkeit:

Die nachfolgenden Bestimmungen gelten zusätzlich und in Zusammenhang mit den Regelungen gem. Artikel 1 bis 20 der AKB 01/2024.

21.2 Normen, Vorschriften, Gesetze im Einsatzland:

21.2.1 Der AN ist verpflichtet, sämtliche im Einsatzland in Kraft stehenden oder während der Realisierungszeit ergehenden Gesetze, Verordnungen, Bestimmungen und Vorschriften genauestens einzuhalten.

21.2.2 Der AN erklärt ausdrücklich, dass ihm der Gegenstand des Vertrages genau bekannt ist, dass er die örtlichen Verhältnisse, Gepflogenheiten, Material- und Einsatzbedingungen im Einsatzland und auf der Baustelle kennt und allen äußeren Umständen bei der Durchführung Rechnung trägt. Soweit der AN nicht über ausreichende Information im Sinne des vorstehenden Absatzes verfügt, wird er sich diese auf eigene Kosten und zeitgerecht selbst beschaffen. Der AN versichert weiters, dass er sich vor Abschluss des Vertrages mit dem Baugelände und dessen Umgebung, mit den örtlichen Bodenverhältnissen und Arbeitsbedingungen, Verkehrsverhältnissen und allen sonstigen für die Ausführung von Leistungen/Lieferungen bedeutenden Umständen sowie mit den Angaben und Unterlagen des AG und/oder EA vertraut gemacht hat. Schäden und Nachteile, die daraus erwachsen, dass der AN dieser Verpflichtung nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist, gehen zu seinen Lasten.

21.2.3 Die einschlägigen Fachnormen, Vorschriften sowie Werksnormen des EA haben Gültigkeit, soweit die Bestellung und/oder die Spezifikation nicht etwas anderes festlegen.

21.2.4 Der AN erklärt, dass er alle für die Ausführung bzw. Durchführung der vereinbarten Leistungen erforderlichen Berechtigungen auch im Einsatzland besitzt.

Falls im Einsatzland erforderlich, ist der AN für eine entsprechende handels- und steuerrechtliche Registrierung seines Unternehmens verantwortlich. Alle damit zusammenhängenden Kosten gehen ausschließlich zu Lasten des AN.

21.2.5 Auftraggeberhaftung für Arbeiten in Österreich:

a) Inländische Auftragnehmer:

Der Auftragnehmer bestätigt, in der Gesamtliste der haftungsfreistellenden Unternehmen (HFU - Gesamtliste) gelistet zu sein und verpflichtet sich, den Auftraggeber sofort schriftlich zu informieren, sobald er aus der HFU – Gesamtliste gestrichen wurde. Gleichzeitig gilt als vereinbart, dass der Auftragnehmer, der die öffentliche Zugänglichkeit seiner Daten verweigert hat, eine Bevollmächtigung zur Auskunftserteilung an den Auftraggeber übergibt. Sollte der Auftragnehmer nicht in die HFU Gesamtliste aufgenommen bzw. gestrichen worden sein, wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen der 20%ige Abzug vorgenommen. In diesen Fällen teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber umgehend die Dienstgebernummer mit.

b) Ausländischer Auftragnehmer:

Der Auftragnehmer bestätigt, dass sein Personal der Sozialversicherungspflicht im Heimatland unterliegt. Als Nachweis darüber legt er dem Auftraggeber für jeden auf der Baustelle eingesetzten Mitarbeiter eine Kopie des Formulars E101/A1 bzw. die entsprechende Bescheinigung nach dem Sozialversicherungsabkommen vor. Sollte dieses Formular nicht für jeden Mitarbeiter vorgelegt werden oder der Auftragnehmer in einem Land ohne Sozialversicherungsabkommen mit Österreich ansässig sein, behält der Auftraggeber 20% des Zahlungsbetrages ein und überweist diesen an das Dienstleistungszentrum – Auftraggeberhaftung (DLZ-AGH). Gleichzeitig erstattet der Auftraggeber an das DLZ-AGH eine Meldung zur Prüfung der Sozialversicherungspflicht.

21.2.6 Verpflichtung zur Einhaltung der jeweils einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen iZm Arbeitnehmerentlohnung/Beitragsabfuhr

Der AN verpflichtet sich zu einer angemessenen, den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Entlohnung seiner Arbeitnehmer sowie zur weitergehenden umfassenden Beachtung sämtlicher diesbezüglich einschlägigen Schutzvorschriften (insb. MiLoG, LSD-BG, etc.).

Soweit für den AG erforderlich bzw. vom AG verlangt, hat der AN unverzüglich alle erforderlichen Unterlagen zur Überprüfung

- der Einhaltung der jeweils einschlägigen gesetzlichen Entlohnungsbestimmungen
- sowie der ordnungsgemäßen Abführung der Sozialversicherungsbeiträge jeweils durch ihn und seine Nachunternehmer zu übermitteln.

Der AN wird sämtliche diesbezüglichen Unterlagen entsprechend aufbereiten und bereithalten.

Der AN wird auch allfällige von ihm beauftragte Unternehmen entsprechend verpflichten.

Der AN stellt den AG von sämtlichen diesbezüglichen Ansprüchen Dritter frei und wird dem AG jeglichen Schaden resultierend aus der Verletzung der jeweils einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen ersetzen.

21.2.7 Beibringungspflichten des AN/Auskunftsansprüche des AG

Der AN hat auf Verlangen des AG vor Vertragsschluss folgende Unterlagen beizubringen:

Unbedenklichkeitsbescheinigungen:

- a) gesetzliche Krankenversicherung
- b) Finanzamt

Der AN hat obige Bescheinigungen vierteljährlich zu aktualisieren und die jeweils gültige und aktuelle Version der Abteilung Einkauf vorzulegen.

Neben der fristgerechten Vorlage vorstehender Nachweise werden auch die den AN treffenden Verpflichtungen hinsichtlich seiner zur Auftragsabwicklung eingesetzten Arbeitnehmer, wie insbesondere die Abführung der entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer sowie die Bezahlung des angemessenen Entgelts bzw. des Mindestlohns, als auch nach diesem Vertrag synallagmatische Hauptleistungspflichten vereinbart. Dem AG steht ein Auskunftsanspruch über die Höhe der jeweiligen Beträge zu.

Bei Nichtvorlage vorstehender Unterlagen und/oder Nichterteilung entsprechender Auskünfte und/oder bei Verstoß gegen die Bestimmungen in 21.2.6. ist der AG nach seiner Wahl zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund oder zum Rücktritt berechtigt. Weiters wird der AG bei Bedarf angemessene Sicherheitseinhalte, mindestens jedoch 20 % von jeweils fälligen Zahlungsansprüchen, tätigen.

Der AN stellt den AG von sämtlichen diesbezüglichen Ansprüchen Dritter (insb. resultierend aus der jeweiligen gesetzlich normierten Bürgenhaftung) frei und wird dem AG jeglichen Schaden resultierend aus der Verletzung der jeweils einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen ersetzen.

Die seitens des AN beizubringenden Garantien haben ausdrücklich auch sämtliche Haftungsrisiken des AG betreffend Mitarbeiter-Entlohnung, Abführung Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer abzusichern.

21.2.8. Im Falle der Weitervergabe von Leistungen durch den AN an einen Nachunternehmer verpflichtet sich der AN, seine Nachunternehmer entsprechend den Regelungen in 21.2.5., 21.2.6. und 21.2.7. zu verpflichten.

21.3 Preise:

Abweichend von Artikel 3 der AKB 01/2024 gilt folgende Regelung:

21.3.1 Die Preise verstehen sich für die vollständige, sach-, fach- und termingerechte Durchführung der vertragsgegenständlichen Leistungen nach den anerkannten Regeln der Technik und entsprechend den Bedingungen dieses Vertrages als Festpreise und gelten frei Baustelle.

21.3.2 Die vereinbarten Preise beinhalten sämtliche Aufwendungen unter Beachtung der geltenden behördlichen, gesetzlichen und sonstigen Vorschriften, Bestimmungen usw. und beinhalten insbesondere:

21.3.2.1 Alle Löhne und Gehälter einschließlich aller Lohn- und Gehaltszuschläge, aller anfallenden Erschwerniszulagen sowie Sondererstattungen, wie Wege-, Trennungs- und Nächtigungsgelder, Fahrtkosten, Schlechtwetterkosten, Sozialversicherung, Kosten für Visa, Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen usw.

21.3.2.2 Alle Materialkosten einschließlich Transportkosten samt Be- und Entladung, Verpackungs- und Verpackungsentsorgungskosten, Kosten der Geräte einschließlich der Betriebsstoffe, der Gerätevorhaltung, Subunternehmerleistungen und damit verbundene Zuschläge usw.

21.3.3 Alle Aufwendungen, die zur Einhaltung geforderter Realisierungstermine anfallen, sind in den vereinbarten Preisen enthalten.

21.3.4 Die Preise beinhalten weiters alle Steuern, Abgaben und Zölle etc., die im Zusammenhang mit den Lieferungen und Leistungen des AN anfallen.

21.4 Leistungsausführung:

21.4.1 Baustellenleitung AG:

Die Baustellenleitung des AG überwacht und beaufsichtigt die Bauabwicklung. Diese Tätigkeiten schränken die umfassende Verantwortlichkeit des AN in keiner Weise ein. Der AG ist insbesondere berechtigt, sämtliche für erforderlich erachteten Prüfungen und Kontrollen an Baustoffen und Bauteilen durchzuführen oder von Dritten durchführen zu lassen. Sämtliche aus diesen Prüfungen und Kontrollen resultierenden Terminüberschreitungen und Kosten gehen zu Lasten des AN.

Die Baustellenleitung des AG kann jederzeit verbindlich Anordnungen treffen wie z.B.:

- Entfernen von Stoffen und Bauteilen von der Baustelle, wenn diese nach Meinung der Baustellenleitung des AG nicht dem Vertrag entsprechen.
- Beseitigung und ordnungsgemäße Wiederherstellung des Bauwerkes oder von Teilen davon, die nach Meinung der Baustellenleitung des AG, nicht spezifikationsgerecht ausgeführt wurden.
- Verfügung über die Entfernung von Personen des AN oder dessen Subunternehmer von der Baustelle (siehe auch Artikel 20.5.5).
- Im Fall der nicht vertragsgemäßen Erbringung der Leistungen und Lieferungen: Verfügung über den weiteren Einsatz der auf der Baustelle vorhandenen Baustelleneinrichtung, Geräte, Werkzeuge, Materialien etc.

Sämtlichen Anordnungen dieser Art ist vom AN unverzüglich auf seine Kosten nachzukommen. Unterlässt dies der AN, ist der AG berechtigt, ohne weitere Nachfristsetzung Dritte mit der Durchführung dieser Anordnungen zu betrauen. Alle damit verbundenen Kosten sind vom AN zu tragen.

Auf Verlangen des AG sind vom AN kostenlos Proben und Materialmuster zu Prüfzwecken zur Verfügung zu stellen.

21.4.2 Bau-/Montageleitung AN:

Der AN hat einen bevollmächtigten Bauleiter zu ernennen und schriftlich bekanntzugeben. Dieser darf nur im Einvernehmen mit der Baustellenleitung des AG abgelöst werden.

Der AN ist verpflichtet, die vom AG zur Verfügung gestellten Ausführungsunterlagen sorgfältig zu prüfen und bei Unstimmigkeiten die entsprechende Weisung der Baustellenleitung des AG einzuholen. Bedenken gegen Anordnungen seitens der AG oder dessen Baustellenleitung sind vor Ausführung der Arbeiten rechtzeitig schriftlich bekannt zu geben.

Der AN muss bis zur vollständigen Ausführung der Arbeiten die erforderliche Bau-/Montageaufsicht stellen.

Auf Ersuchen des AG ist der AN verpflichtet, an Gesprächen mit dem EA teilzunehmen. Der AN verpflichtet sich weiters, Gespräche mit dem EA im Zusammenhang mit dem Vertragsgegenstand ausschließlich im Beisein eines Vertreters des AG zu führen.

21.4.3 Arbeitsaufnahme:

Vor Beginn jedes Leistungsabschnittes hat der Bau- bzw. Montageleiter des AN mit der Baustellenleitung des AG abzustimmen, ob die Ausführung unverändert erfolgen soll oder ob Änderungen eingetreten sind. Unterlässt der AN vor Inangriffnahme seiner Arbeiten diese Abstimmung, so trägt der AN sämtliche daraus resultierenden Kosten.

21.4.4 Unterbrechungen, Behinderungen

Glaubt sich der AN in der ordnungsgemäßen Ausführung seiner Leistung behindert, so hat er dies dem AG unverzüglich, spätestens jedoch binnen 3 Werktagen, in einer als solche bezeichneten Behinderungsanzeige schriftlich anzuzeigen. Dies gilt auch für offenkundige Behinderungen. Der AN hat alles zu tun, was ihm billigerweise zugemutet werden kann, um die Weiterführung der Arbeiten zu ermöglichen.

Der AN hat keinen Anspruch auf Vergütung von Warte- und Ausfallzeiten und/oder Erstattung sonstiger Kosten, wenn

- seine Leistungen auf Anordnung der Baustellenleitung des AG unterbrochen wurden, weil die vertragsgemäße Erfüllung von Seiten des AN in Frage gestellt ist.
- ein Fall Höherer Gewalt eingetreten ist.
- die Leistungen aufgrund vertragswidrigen Verhaltens des Personals des AN unterbrochen wurden.
- die Leistungen aufgrund behördlicher Anordnungen/Auflagen unterbrochen wurden.
- Leistungen des EA/AG gem. technischer Spezifikation im Falle von Versorgungsstörungen nicht erbracht werden können.
- es sich um Verzögerungen/Behinderungen handelt, die nicht der AG selbst verschuldet hat.
- es sich um bauübliche Störungen handelt.
- der AN keine ordnungsgemäße Behinderungsanzeige gem. 21.4.4. Abs 1. erstattet hat.

21.4.5 Arbeitskräfte des AN:

Der AN hat für die Bereitstellung der Arbeitskräfte in genügender Anzahl und Qualifikation zu sorgen. Falls in der Bestellung nicht anders vereinbart, ist der AN auch für den Transport, Unterkunft und Verpflegung seiner Arbeitskräfte verantwortlich. Alle sich daraus ergebenden Kosten sind vom AN zu tragen.

Der AN ist dafür verantwortlich, dass seine Arbeitnehmer und die seiner Subkontraktoren die Gesetze und anderen Bestimmungen des Einsatzlandes beachten. Dies betrifft insbesondere die Einfuhr, den Besitz oder die Verwendung von Waffen, Alkoholika, Genussmittel, Drogen, Devisen etc. Der AN muss darauf achten, dass Fest- und Ruhetage oder andere Gewohnheiten des Landes durch sein Personal respektiert werden. Der AN muss angemessene Vorkehrungen zur Verhütung gesetz- oder ordnungswidrigen Verhaltens seiner Arbeitnehmer treffen und ist für die Wahrung des Schutzes von Personen und Eigentum auf der Baustelle und deren Nachbarschaft verantwortlich.

Die gültigen Baustellen- und Montageordnungen sind vom AN seinen Arbeitnehmern nachweislich zur Kenntnis zu bringen.

Geforderte Qualifikationen des eingesetzten Personals sind auf Verlangen des AG durch Zeugnisse (wie z.B. Schweißzeugnisse) einer vom AG genehmigten Institution zu belegen. Ohne Angabe von Gründen kann der AG praktische Prüfungen des vom AN eingesetzten Personals verlangen, dies auf Kosten und Risiko des AN.

Der AG behält sich vor, Personal des AN, welches entweder nicht entsprechend qualifiziert ist oder sich gegenüber Vertretern des AG, des EA oder anderen Personen ungebührlich benimmt, von der Baustelle zu verweisen. Alle damit verbundenen Kosten gehen zu Lasten des AN.

Das Personal, das vom AN auf die Baustelle entsandt wird, ist ausschließlich zur Erfüllung des gegenständlichen Vertrages bestimmt. Der AN darf das Personal weder für andere Zwecke einsetzen, noch ohne Zustimmung der AG ganz oder teilweise abziehen.

Der AN hat Sorge zu tragen, dass sein Führungspersonal Deutsch in Wort und Schrift beherrscht. Sollte das Führungspersonal die deutsche Sprache nicht beherrschen, so ist vom AN entsprechend ausgebildetes Dolmetschpersonal für die gesamte Dauer der Arbeiten auf der Baustelle zu Lasten des AN zur Verfügung zu stellen.

21.4.6 Material, Geräte:

Der AN hat alle zur Erfüllung seines Auftrages erforderlichen Materialien und Geräte beizustellen, sofern nicht in der Bestellung ausdrücklich anders geregelt. Die Güte der Materialien muss dem Leistungsverzeichnis und den in der Bestellung angeführten Normen und Vorschriften entsprechen und auf Anforderung des AG dokumentiert werden.

Sollten Materialien verwendet werden, für die es keine Gütebestimmung gibt, so sind vom AN geeignete Gütenachweise beizubringen. Diese Materialien dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des AG verwendet werden.

Der AN hat rechtzeitig für eine entsprechende Vorratsmenge an Baustoffen, Materialien, Verbrauchstoffe und Medien Sorge zu tragen.

Alle Konsequenzen von Terminverzügen aufgrund nicht rechtzeitiger Verfügbarkeit von Materialien, Baustoffen und Medien gehen zu Lasten des AN.

Alle Geräte, Ausrüstungen, Einrichtungen, Hilfs- und Verbrauchsstoffe, Hilfsbauten, Baustoffe und sonstigen Lieferungen des AN sind ausschließlich für die Ausführung und Fertigstellung des Bauwerkes bestimmt. Der AN darf derartige Geräte und Materialien ohne schriftliche Zustimmung der Baustellenleitung des AG (die jedoch nicht ohne Grund versagt wird) weder ganz noch teilweise entfernen, noch für andere Zwecke verwenden.

Bedenken des AN gegen vom AG vorgeschriebene Materialien, Stoffe, Bauteile und Arbeitsgeräte einschließlich gegen die in diesem Zusammenhang erteilten Weisungen hat der AN dem AG unverzüglich mitzuteilen.

21.4.7 Beistellungen des AG oder EA:

Werden Materialien, Fertigteile, Anlagenkomponenten, Verbrauchsstoffe, Dokumentation etc. vom AG oder EA beigestellt, ist der AN für deren ordnungsgemäße Verwendung voll verantwortlich. Die Verwendung dieser Stoffe ist gemäß den Positionen der Bestellung mittels einer Materialabrechnung, basierend auf den Ausführungsplänen nachzuweisen. Ein eventuelles Manko infolge unsachgemäßer Lagerung oder Verwendung, Schwund oder dgl. wird dem AN zu Tagespreisen in Rechnung gestellt. Schlussrechnungen ohne Materialabrechnung gelten als nicht vollständig.

Die vom AG oder EA beizustellenden Materialien etc. sind vom AN bei der Baustellenleitung des AG mit einer prüffähigen Aufstellung, gestaffelt nach tatsächlich erforderlichen Auslieferungsterminen und –mengen rechtzeitig anzufordern.

21.5 Nicht verbriefte Lieferungen und Leistungen; Stundenlohnarbeiten:

21.5.1 Der AN darf Lieferungen und Leistungen, die nicht in der Bestellung enthalten sind, nicht ohne schriftliche Anweisung des AG ausführen.

Ergibt sich während der Durchführung der vertraglichen Lieferungen und Leistungen die Notwendigkeit zur Durchführung von Arbeiten, für die in der Bestellung keine Einheitspreise vorgesehen sind, und werden solche von der Baustellenleitung des AG angeordnet, so hat der AN diese angeordneten Arbeiten auszuführen und neben der Eintragung im Bautagebuch unverzüglich ein Nachtragsangebot hierüber vorzulegen.

Wenn es der Baufortschritt zulässt, sind Nachtragsangebote vor der Durchführung der Leistung vorzulegen. Die Kalkulation von Nachtragsangeboten ist auf Basis der Bestellung zu erstellen.

Nachtragsangebote können nur für Arbeiten gelegt werden, die nach Ansicht der Baustellenleitung des AG keiner Position des Leistungsverzeichnisses zugeordnet werden können. Nachtragsangebote werden vom AG überprüft, mit dem AN verhandelt und als Bestellnachtrag verbrieft.

21.5.2 Der AN verpflichtet sich, auf Anordnung der Baustellenleitung des AG, Stundenlohnarbeiten im Rahmen der Bestellung durchzuführen. Über diese Arbeiten sind täglich vom AN die Stundenlisten für Regiearbeiten zu führen und spätestens am folgenden Arbeitstag der Baustellenleitung des AG oder dessen Beauftragten zur Bestätigung vorzulegen. Verspätet vorgelegte Stundenlisten werden nicht anerkannt.

Bei Stundenlohnarbeiten verwendete Materialien – soweit nicht bereits in der Bestellung festgelegt - sind zu angemessenen Tagespreisen, deren Prüfung sich der AG vorbehält, zu verrechnen.

Verrechnungssätze für Stundenlohnarbeiten – soweit nicht bereits in der Bestellung festgelegt – sind vor Beginn dieser Arbeiten anzubieten und bedürfen zur Verrechnung der Bestätigung/Vereinbarung durch den AG. Die festgelegten Sätze gelten auf Vertragsdauer.

21.5.3 Der AN wird aus Arbeiten gemäß Artikel 21.7.1 und 21.7.2 – die er im Rahmen der Bestellung durchführt, keine terminlichen Konsequenzen und Kosten, die über die zu vereinbarende Vergütung gemäß Artikel 21.7.1 und 21.7.2 hinausgehen, geltend machen.

21.6 Termine:

Der AN ist verpflichtet, vereinbarte Termine unbedingt einzuhalten. Die flexible Auftragsdurchführung im Falle drohender oder eintretender Verzögerungen beinhaltet insbesondere auch Erhöhung des Geräte- und Personaleinsatzes, Leistung von Überstunden sowie Arbeit im Mehrschichtbetrieb.

Die Annahme verspätet erbrachter Leistungen bedeutet keinen Verzicht auf, aus der Verzögerung resultierende, vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des AG.

Für Terminänderungen und Sequenzänderungen während der Bau-/Montagedauer erfolgen keine Vergütungen durch den AG.

21.7 Sicherheit/Ordnung/Umweltschutz/Qualität:

21.7.1 Der AN und dessen Subauftragnehmer müssen für alle Tätigkeiten auf der Baustelle über eine funktionsfähige Sicherheit-Gesundheit-Umweltschutz (SGU) Organisation verfügen und weisen dies vor Auftragsannahme durch ein Zertifikat eines Sicherheitssystems wie SCC, BS 8800, OHSAS etc. nach. Der AN ist allein und in jeder Hinsicht dafür verantwortlich und haftbar, dass die gesetzlichen und sonstigen Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere die für den Arbeitsort geltenden bzw. nach Art der Arbeiten in Betracht kommenden, sowie auch die Gesetze über die Ausländerbeschäftigung usw. eingehalten werden.

Der AN hat bei Feststellung von Sicherheitsmängeln und Gefahren an seinen Geräten, Maschinen oder sonstigen Betriebsmitteln diese sofort reparieren bzw. beheben zu lassen. Im Falle der Nichteinhaltung ist der AG berechtigt, auf Kosten des AN diese Geräte, Maschinen oder sonstigen Betriebsmittel reparieren zu lassen.

Er ist allein für die Sicherheit und Qualität seiner Lieferungen und Leistungen verantwortlich, selbst wenn diese vom AG oder durch den EA beigestellt sein sollten. Eine Überprüfung enthebt den AN nicht seiner vollen Verantwortlichkeit.

Der AN hat unverzüglich und direkt an die zuständige Behörde und den AG die vorschriftsmäßigen Meldungen aller Arbeitsunfälle zu berichten, falls solche seinem Personal auf der Baustelle zustoßen sollten.

Der Verantwortliche des AN hat sich vor Arbeitsbeginn durch die Baustellenleitung des AG über die betrieblichen Verhältnisse und allfällig damit verbundene zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen unterrichten zu lassen und die Kenntnisnahme bzw. Übernahme von aufliegenden Merkblättern über Unfallverhütung schriftlich zu bestätigen. Diesbezüglichen Weisungen der Baustellenleitung des AG oder dessen Sicherheitsfachkräften ist auf alle Fälle Folge zu leisten.

21.7.2 Bei Durchführung von Arbeiten sind alle Vorkehrungen zu treffen, damit eine Beschädigung oder Verschmutzung von eventuell bestehenden Werks-, Bahn- und Straßenanlagen und eine Störung des Betriebes verhindert wird. Bei Arbeiten innerhalb von Werksbereichen hat der AN die Beschränkungen für den Personen- und Güterverkehr (Ein- und Ausgang, Passierscheinpflcht etc.) zu befolgen.

Die Sicherung der auf der Bau- oder Arbeitsstelle eingesetzten Geräte und Materialien gegen Missbrauch und Diebstahl auch im Bereich des umzäunten Baugeländes obliegt dem AN.

Die Arbeitsplätze und die Transportwege sind dauernd sauber zu halten, Abfälle und Verpackungsmaterial sind aufzuräumen, ins Freie zu schaffen, gegen Brand und Sturm gesichert zu lagern bzw. entsprechend den einschlägigen Gesetzen zu entsorgen. Alle von den eigenen Arbeiten herrührenden Verunreinigungen sind sofort zu beseitigen. Geschieht dies nicht, erfolgt dies durch Dritte auf Kosten des AN.

Für den Fall, dass der Verursacher von Verunreinigungen nicht festgestellt werden kann, werden die durch die Beseitigung derselben entstehenden Kosten anteilmäßig nach den jeweiligen Auftragssummen den auf der Baustelle zu diesem Zeitpunkt tätigen AN angelastet.

Alle Beteiligten sind verpflichtet, für eine reibungslose Zusammenarbeit auf der Baustelle Sorge zu tragen und die Klärung in strittigen Fragen bei der Baustellenleitung des AG rechtzeitig zu veranlassen.

21.7.3 Der AN ist verpflichtet sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu treffen (z.B. Einhausungen, Entsorgung von Abfallstoffen etc.), um die gesetzlichen Vorschriften/Auflagen in Bezug auf Umweltschutz zu erfüllen.

21.7.4 Jeder einzelne Verstoß gegen Sicherheits-, Ordnungs- und/oder Umweltschutzvorschriften ist mit einer Vertragsstrafe belegt, die der Höhe nach in dem Einzelvertrag/der Bestellung geregelt ist.

21.7.5 Der AG hat auch während der Vertragslaufzeit das Recht Qualitäts-Audits durchzuführen. Dies betrifft den Nachweis der umfangreichen Qualität der Lieferungen und Leistungen des AN, und schließt das für den AG kostenlose zusätzliche Testen mit ein.

21.8 Haftung:

21.8.1 Der AN haftet für alle von ihm verursachten Schäden.

21.8.2 Durch vom AG eventuell abgeschlossene Versicherungen wird grundsätzlich die Haftung des AN nicht aufgehoben; soweit der AG den Abschluss von Versicherungen auch für die Interessen des AN übernommen hat, verpflichtet sich der AG zur treuhändigen Wahrung der versicherungsgemäßen Ansprüche des AN, allerdings ohne selbst in die Risiken, Rechte und Pflichten des AN einzutreten. Selbstbehalte sind vom AN zu tragen.

21.8.3 Für die Beseitigung von Schäden und/oder Verunreinigungen im Bau-/Montagebereich des AN deren Verursacher nicht einwandfrei festgestellt werden kann, haften alle zum Zeitpunkt des Ereignisses am Bauvorhaben beteiligten Firmen im Verhältnis der jeweiligen Auftragssummen, soweit diese vom AG beauftragt sind.

21.8.4 Der AN verpflichtet sich in Bezug auf allfällige Schäden bzw. Unfälle, die sein Personal erleidet, den AG/EA und Dritte schad- und klaglos zu halten. Wird der AG von Dritten wegen Schäden in Anspruch genommen, die der AN zu vertreten hat, so stellt der AN den AG von sämtlichen hieraus resultierenden Ansprüchen frei.

21.8.5 Der AN trägt die volle Verantwortung für die Handlungen seines Personals innerhalb und außerhalb des Baustellenbereiches. Er ersetzt alle Schäden, welche durch sein Personal dem AG und/oder EA und/oder Dritten zugefügt werden.

21.8.6 Abweichend von Artikel 11.2 der AKB 01/2024 gilt für Bau- und Montageleistungen eine Garantiefrist gemäß den am Errichtungsort gültigen, gesetzlichen Bestimmungen, mindestens jedoch 36 Monate ab Abnahme der Gesamtanlage.

21.8.7 Abweichend von Artikel 17 der AKB 01/2024 erfolgt der Eigentumsübergang entsprechend dem Kundenvertrag. Die relevanten Bestimmungen sind dem AN bekannt.

21.9 Rechnungslegung:

Ergänzend zu Artikel 4 der AKB 01/2024 gilt:

21.9.1 Falls nicht im Bestellschreiben gegenteilig festgelegt, können monatlich Abschlagsrechnungen für die jeweils bis zum Ende eines Monats erbrachten Leistungen gelegt werden.

Abschlagsrechnungen ist ein von der Baustellenleitung des AG bestätigtes Rechnungskonzept beizulegen.

21.9.2 Der Aufbau aller Rechnungen muss den Positionen des Leistungsverzeichnisses entsprechen.

21.9.3 Regierechnungen sind durchgehend zu nummerieren und gesondert zu legen.

21.9.4 Die Schlussrechnung gemäß Artikel 4 der AKB 01/2024 kann erst nach Erledigung einer eventuellen Mängel- oder Restpunktliste gelegt werden. Der Schlussrechnung sind alle erforderlichen Abrechnungsunterlagen wie Massenberechnungen, Abrechnungspläne, Naturaufnahmen, Regieberichte, Materialabrechnungen und ähnlich beizulegen. Alle Maße der Massenberechnung müssen in den Plänen und Aufnahmen gekennzeichnet bzw. eingetragen und der Berechnung klar und eindeutig zuzuordnen sein. Die Prüfzeit des AG beträgt höchstens 3 Monate.

21.9.5 Bei der Rechnungslegung sind die im jeweiligen EU-Land gültigen steuerlichen Bestimmungen (insbesondere Umsatzsteuer) zu berücksichtigen.